

Bürgerenergie

Forschende fordern bessere Regeln

[12.05.2025] In Deutschland gibt es rund 3.000 lokale Energiegemeinschaften. Ein Forschungsteam empfiehlt der Politik nun, klare Ziele zu setzen und bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. So könne Bürgerenergie zum Motor der Energiewende werden.

Immer mehr Menschen in Deutschland schließen sich zusammen, um gemeinsam Strom oder Wärme zu erzeugen. Diese Energiegemeinschaften betreiben zum Beispiel Solar- oder Windkraftanlagen, Biomassekraftwerke oder Wärmenetze. Ein Forschungsteam des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und der [Leuphana Universität Lüneburg](#) sieht in ihnen zentrale Akteure der Energiewende. In einem Impulspapier geben die Forscherinnen und Forscher Empfehlungen an die Politik, wie Bürgerenergie stärker gefördert werden kann.

Demokratische Teilhabe und soziale Inklusion

Die Autorinnen und Autoren betonen, dass Bürgerenergiegemeinschaften die demokratische Teilhabe und soziale Inklusion stärken könnten. Sie würden nicht nur die Energiewende unterstützen, sondern auch die wirtschaftliche Resilienz vor Ort erhöhen. „Bürgerenergie lässt Menschen an der Energiewende teilhaben und bindet sie in nachhaltige Wirtschaftsprozesse ein. Das schafft Akzeptanz und Wertschöpfung vor Ort“, sagte Astrid Aretz vom IÖW. Sie plädierte dafür, die Potenziale der Bürgerenergie politisch stärker zu nutzen.

Laut dem Impulspapier „Bürgerenergie fördern: Gemeinschaftlich die Energiewende beschleunigen“ gibt es in Deutschland schätzungsweise 2.500 bis 3.000 Energiegemeinschaften. Etwa jede fünfzehnte Windenergieanlage befindet sich in Bürgerhand. Die Europäische Union (EU) sieht Energiegemeinschaften als wichtigen Teil ihrer Strategie zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Sie verpflichtet die Mitgliedsstaaten, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Die EU-Solarstrategie gibt das Ziel vor, in jeder Gemeinde mit mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine Energiegemeinschaft zu gründen.

Energiegemeinschaften fördern

„Um diese Ziele zu erreichen, sollte die neue Bundesregierung – wie im Koalitionsvertrag angekündigt – Energiegemeinschaften fördern, politische Ziele verankern und Fortschritte messbar machen“, sagt Lars Holstenkamp von der Leuphana Universität. Auch die digitale Vernetzung müsse vorangetrieben und die Marktkommunikation standardisiert werden.

Energiegemeinschaften stehen den Forschern zufolge oft vor besonderen Herausforderungen. Sie verfügten meist über weniger Eigenkapital und hätten schlechtere Kreditkonditionen als Großinvestoren. Förderprogramme und vereinfachte Regeln könnten diesen Nachteil ausgleichen. Wie eine Kommune aussehen könnte, in der Bürgerenergie gestärkt wird, zeigt das Impulspapier in einem Zukunftsbild. Vorgeschlagen werden unter anderem Bürgerbanken oder ein Kompetenzzentrum Bürgerenergie.

(al)

IÖW-Impulspapier: Bürgerenergie fördern: Gemeinschaftlich die Energiewende beschleunigen (PDF)

Stichwörter: Politik, Bürgerenergie, Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)